

PRESSEINFORMATION

UVB: Digitalisierung ist Job-Motor für die Hauptstadtregion

Wichtigste Branchen wollen auch 2018 neue Arbeitsplätze schaffen – doch Fachkräfte-Engpässe könnten das Wachstum bremsen

Berlin, 12. März 2018

Die Digitalisierung wird in Berlin und Brandenburg immer mehr zum Job-Motor. Binnen eines Jahrzehnts haben die Unternehmen aus dieser Branche 47.000 neue, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Hauptstadt geschaffen – das ist ein Plus von 121 Prozent und liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Das zeigt eine Analyse der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB). „Die Digitalwirtschaft ist in unserer Region deutlich größer als im Rest der Republik. Die Firmen in Berlin profitieren von einem einzigartigen Ökosystem, deshalb sind wir Deutschlands Digitalhauptstadt. Das Potenzial wächst mit jedem Tag“, sagte UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck auf der Jahrespressekonferenz des Spitzenverbandes am Montag in Berlin. Das zeige auch die starke Entwicklung der Startup-Szene in der Stadt, die so viel Kapital von Investoren anziehe wie nie zuvor. „Von den neuen Technologien und Geschäftsmodellen profitiert auch die etablierte Wirtschaft nachhaltig.“

Hinzu kämen die Digital Units großer Konzerne, die hier Produkte und Dienstleistungen für die digitale Welt entwickeln. Amsinck: „Berlin und die Region können einer der führenden Standorte der Digitalwirtschaft in Europa werden – vorausgesetzt, die Rahmenbedingungen stimmen.“ Darum geht es auch im neuen UVB-Jahresbericht mit dem Titel „Schneller, moderner, innovativer – mehr Wandel für die Hauptstadtregion“, den der Verband vorlegte. Nicht nur in der Digitalwirtschaft, auch in den meisten anderen Branchen der Region sei die Zuversicht mit Blick auf 2018 groß, führte Amsinck weiter aus. Das zeige die neue Konjunkturmfrage unter den 60 UVB-Mitgliedsverbänden. Sehr optimistisch blicke die Startup-Wirtschaft auf dieses Jahr. Auch der Handel, Verkehr und Logistik sowie die Bauwirtschaft rechneten mit mehr Aufträgen, Investitionen und Beschäftigten.

„Das anhaltende Wachstum Berlins bedeutet für viele Branchen eine steigende Nachfrage. Der Investitionsbedarf wird noch auf Jahre hinaus hoch bleiben – in der Infrastruktur ebenso wie im Wohnungsbau oder bei Schulen und Kitas“, befand der Hauptgeschäftsführer. Diese Entwicklung mache nicht an der Stadtgrenze halt. Amsinck schlug deshalb vor, die Landesplanungskonferenz um die Bezirke und die angrenzenden Landkreise zu erweitern. „Das Ziel muss es sein, schneller mit den Verantwortlichen vor Ort Lösungen für die Probleme bei der Infrastruktur, beim Wohnungsbau, beim öffentlichen Nahverkehr und beim Wirtschaftsverkehr zu erarbeiten. Das wäre ein starkes Signal, dass die Landesregierungen das Zusammenwachsen zu einem Wirtschaftsraum stärker vorantreiben wollen.“

Hotels und Gastronomie gehen nach Jahren des intensiven Wachstums von guten Geschäften auf einem hohen Niveau aus. Die Industrie zeigte sich ebenfalls zufrieden – die Chemie-, die Pharma- und die Ernährungsindustrie gehen von guten Ergebnissen aus, ebenso die Holz- und die Kunststoff-Industrie. Die Metall- und Elektroindustrie rechnet mit einem stabilen

PRESSEINFORMATION

Geschäft und mehr Aufträgen. „Der Aufschwung steht auf einem breiten Fundament. Berlin dürfte beim Wachstum erneut stärker abschneiden als der Bund. Brandenburg wird sich auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts bewegen“, sagte Amsinck.

Für den Arbeitsmarkt bedeutet das eine Fortsetzung des Booms. Zusammen mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit hat die UVB den Personalbedarf der Firmen für 2018 prognostiziert. „Wir halten knapp 70.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Stellen für realistisch“, berichtete Amsinck. Mit 52.000 werde der Großteil in der Hauptstadt entstehen. Hier gibt es im Bereich Kommunikationsdienstleistungen und Internet die größte Dynamik mit 7.100 neuen Stellen. Es folgen die Bereiche Erziehung und Unterricht (plus 5.600), die industrienahen Dienstleistungen (plus 5.200), das Gastgewerbe sowie der Einzelhandel mit jeweils 3.800 neuen Jobs. In Brandenburg dürften knapp 17.000 sozialversicherungspflichtige Stellen entstehen. Hier steht die Logistikbranche mit 1.900 Stellen ganz oben, gefolgt vom Sozialwesen (plus 1.600) und der Gesundheitswirtschaft (plus 1.300).

Eine echte Wachstumsbremse ist allerdings für viele Branchen der Mangel an Fachkräften. „In unserer Umfrage hat eine Reihe von Verbänden angegeben, dass ihre Mitgliedsbetriebe gerne mehr Personal einstellen würden – es aber nicht finden, trotz intensiver Suche“, sagte Amsinck. „Das betrifft viele Sparten des Handwerks, vom Metall- und Elektrohandwerk bis zum Bereich Sanitär, Heizung und Klima. Auch der Bau sowie Hotels und Gaststätten sind betroffen.“ Im Schnitt aller Berufe dauere die Suche nach einer Fachkraft in Berlin bereits 108 Tage, 34 Tage mehr als noch 2014. In Brandenburg vergingen sogar 116 Tage bis zur Besetzung einer offenen Stelle, 50 Tage mehr als noch vor vier Jahren.

Der Bedarf an qualifizierten Mitarbeitern werde weiter steigen, prognostizierte Amsinck. Die Unternehmen müssten darum mehr für die Weiterbildung ihrer Belegschaften tun. Außerdem gelte es, die dualen Ausbildungsgänge weiter zu modernisieren. Die Politik müsse für eine bessere Qualität des Unterrichts und der Schulen sorgen. Ein zukunftsweisendes Modell sei das duale Studium mit der Verknüpfung von akademischer Ausbildung und betrieblicher Praxis. Gerade in Brandenburg gebe es in diesem Bereich eine sehr positive Entwicklung.

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.